



Protest gegen die Haushaltskürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung gab es auf dem CDU-Parteitag im November 2010 in Karlsruhe. Foto: dpa

AXEL TROOST

VON UNTEN NACH OBEN

DAS SCHWARZ-GELBE «SPARPAKET» DIENT VOR ALLEM DER UMWERTEILUNG

Zeitgleich mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg wurde Ende Oktober im Bundestag das sogenannte Haushaltsbegleitgesetz beschlossen. Angenommen mit 316 gegen 260 Stimmen hat die schwarz-gelbe Koalition damit ein «Sparpaket» auf den Weg gebracht, das brutale soziale Einschnitte bringt.

Die Bundesregierung wird nicht müde zu betonen, sie verfolge ein «ausgewogenes» Programm, zu dem es mit Blick auf eine «wachstumsfreundliche Defizitreduzierung» keine Alternative gebe. Dem muss entschieden widersprochen werden. Das Kürzungspaket setzt die Umverteilungspolitik, die die Vorgängerregierungen begonnen haben, fort. Es sind in erster Linie die sogenannten «kleinen Leute», Arbeitslose und Einkommensschwächere, denen hohe Lasten aufgebürdet werden. Besserverdienende und Vermögende werden geschont. Das Sparpaket ist vor allem eines: Klassenkampf von oben. Mit ihrem Sparpaket wälzt die schwarz-gelbe Regierung die Kosten der Krise auf die Bevölkerung ab. Den Bankensektor, ein Mitverursacher der Krise, zieht sie außer über eine geringfügige Bankenabgabe nicht weiter heran. Noch dazu leistet das Haushaltsgesetz keinen Beitrag zu einer soliden ökonomischen Entwicklung. Eine solche müsste auch auf die Binnennachfrage zielen und lange anstehende, wichtige Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen. Mit ihrer Politik höhlt die Regierung die Einnahmehasis des Staates weiter aus. Anschließend setzt sie das Druckmittel Schuldenbremse als Sachzwang für Einsparungen ein. Und die bestehen in erster Linie im Streichen von Sozialleistungen. Von den insgesamt etwas über 80 Milliarden Euro, die zwischen 2011 und 2014 eingespart werden

sollen, summieren sich die Kürzungen im Sozialbereich auf rund 30 Milliarden Euro – mehr als ein Drittel der Einsparungen. Die Behauptung der Bundesregierung, sie hätte darauf geachtet, dass die Maßnahmen «ausgewogen» seien, ist somit falsch. Auch stehen den Kürzungen im Sozialbereich gerade mal knapp 20 Milliarden Euro gegenüber, die auf Seiten der Unternehmen geholt werden sollen, vor allem bei der Atomwirtschaft als «steuerlicher Ausgleich» für die verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke.

Welche Kürzungen im Sozialbereich sind geplant? Unter anderem soll der befristete Zuschlag zum ALG II beim Übergang vom ALG I wegfallen. Diese Maßnahme erhöht die Gefahr eines schnellen Absturzes in Hartz IV für alle Erwerbstätigen. Im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Dadurch droht eine massive Verschlechterung der Vermittlungschancen: Weiterbildung, Qualifizierung, Umschulung oder gar finanzielle Eingliederungshilfen für Arbeitslose wird es immer weniger geben. Auch der rentenrechtlichen Absicherung von Arbeitslosen geht es an den Kragen. Die bereits von der Großen Koalition auf ein klägliches Maß reduzierten Rentenbeiträge werden nun völlig abgeschafft. Für die Betroffenen hat dies zur Folge, dass sie Rentenwerte verlieren und nach längerer ALG II-Bezugsdauer immer weniger Ansprüche auf eine Rente haben, die zum Leben reicht. Sie werden zunehmend auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Die Rentenversicherung wird trotzdem in gleicher Höhe belastet. Es handelt sich hier also um einen bloßen «Verschiebeparkplatz» zu Lasten der Versichertengemeinschaft. Be-

sonders einschneidend sind die Kürzungen beim Elterngeld. Eltern, die Hartz IV beziehen, wurde schon bei der Einführung des Elterngeldes ein Jahr Erziehungsgeld gestrichen. Nun nimmt ihnen die Regierung auch noch das Mindestelterngeld von 300 Euro weg. Sie unterschlägt, dass der Zweck des Elterngeldes eine finanzielle Unterstützung bei der Kindererziehung ist – und nicht in der Existenzsicherung von Eltern oder Kindern besteht. Eltern mit Hartz IV wird damit ihre Erziehungsleistung aberkannt. Selbst im ersten Lebensjahr des Kindes gilt das Argument, dass Arbeitsanreize nicht beeinträchtigt werden sollen. Für Eltern mit Hartz IV gelten offenbar andere Maßstäbe als für Eltern, die Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen. Aus Geschlechterperspektive festigt diese Regelung bestehende Benachteiligungen, denn sie belastet Alleinerziehende eklatant. Und das sind in der Mehrzahl Frauen. Zwei Drittel der 1,8 Millionen sogenannten Ein-Eltern-Familien gelten als bedürftig, rund 640.000 Alleinerziehende leben von Hartz IV. Es grenzt an Häme, wenn die Bundesregierung sich nun rühmt, auch TopverdienerInnen mit einem Jahreseinkommen von 250.000 Euro das Elterngeld zu streichen. Wie viele das wohl sein mögen?

Das jetzige Haushaltsdefizit ist auch eine Folge der Finanzmarktkrise. Die direkten Kosten der Krise werden auf über 100 Milliarden Euro geschätzt, die Gesamtkosten dürften weitaus höher liegen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik geht in ihrem Sondermemorandum vom Sommer 2010 von einem Anstieg der Staatsverschuldung (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungen) um fast 300 Milliarden Euro aus. Angesichts der immensen Einsparungen im Sozialbereich ist es ein Skandal, dass die Finanzbranche durch die beabsichtigte Bankenabgabe bis 2014 mit gerade einmal sechs Milliarden Euro an den Kosten der Krise beteiligt werden soll. Und die Mittel aus der Bankenabgabe sind noch nicht einmal zur Sanierung des Haushalts gedacht. Stattdessen sollen sie in einen Restrukturierungsfonds fließen, der für künftige Krisen zur Verfügung stehen soll. Die veranschlagten sechs Milliarden Euro sind deshalb nichts anderes als eine Luftbuchung.

Anstatt die Krisenkosten mit den längst wieder sprudelnden Gewinnen aus dem globalen Casino zu bezahlen, werden sie einfach auf jene abgewälzt, die sich am wenigsten wehren können. Mit ihrem

Sparpaket stiftet die Bundesregierung sozialen Unfrieden und treibt die Alters- und Kinderarmut voran. Aber das ist noch nicht alles. Auch die Entwicklungshilfe, die schon jetzt bei nur 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, soll wegen der Schuldenbremse mittelfristig weiter sinken – ein Desaster. Von einer Finanztransaktions- oder einer Börsenumsatzsteuer, die hier ansetzen und zu laufenden Einnahmen führen würden, ist dagegen keine Rede mehr. Die Vorstöße des Finanzministers für eine europäische Finanztransaktionssteuer sind bestenfalls zaghaft zu nennen. Von «weiteren Maßnahmen» neben einer Bankenabgabe wird mitunter gesprochen. Doch diese werden von internationalen oder europäischen Lösungen abhängig gemacht. Angesichts dieses Hin- und Herschiebens ist es umso wichtiger, den öffentlichen Druck zu erhöhen und die Finanztransaktionssteuer auf der Agenda zu halten.

Anders wird es keine signifikante Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten geben. DIE LINKE wird sich hierfür parlamentarisch und als Mitgliedsorganisation der Kampagne «Steuer gegen Armut» auch außerparlamentarisch stark machen. Die Re-Regulierung der Finanzmärkte ist ein Schritt. Auf der anderen Seite muss umverteilt werden. Die stetig wachsende Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen muss ein Ende haben. Das Sparpaket soll die Staatsfinanzen konsolidieren. Doch es streicht primär die Ausgaben des Staates zusammen – erhebliche soziale Auswirkungen werden billigend in Kauf genommen. Dabei hat Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern in erster Linie ein Einnahmeproblem. Die Steuereinnahmen in Deutschland liegen gemessen an der Wirtschaftsleistung weit unter dem Durchschnitt der europäischen Länder. Berechnungen zeigen, dass der Staat jährlich rund 80 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen hätte, würde Deutschland zum europäischen Durchschnittsniveau aufschließen. Das Sparpaket würde sich damit von selbst erledigen. Auch deshalb kann das Gebot der Stunde nur lauten, Vermögende und Beziehende hoher Einkommen endlich stärker zur Finanzierung der Krisenkosten heranzuziehen. Die Zeit ist reif für eine andere Politik.

AXEL TROOST IST FINANZPOLITISCHER SPRECHER DER LINKSFRAKTION IM BUNDESTAG UND GEHÖRT DEM WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG AN

ALEXANDER SCHLAGER

NUR BAHNHOF VERSTANDEN

PROTESTE GEGEN STUTTGART 21 ERÖFFNEN DEMOKRATISCHE ALTERNATIVEN

Wenn sich die ganze Republik mit einem Bahnhofsbauprojekt in Stuttgart beschäftigt, so ist dies erklärungsbedürftig. Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 verweist auf Konflikte, die ihren Ursprung in Wandlungsprozessen des ökonomisch-politischen Systems haben. Sie bringt eine tiefe Krise der politischen Repräsentation zum Ausdruck.

Der Protest gegen Stuttgart 21 speist sich aus mindestens drei verschiedenen Motiven: erstens der Protest gegen Demokratiedefizite, zweitens der Kampf gegen die Ökonomisierung und drittens jener gegen die Beschleunigung des Lebens und die «Unwirtlichkeit» der Städte. Die BefürworterInnen sagen, das Projekt sei «schlecht kommuniziert» worden. Derlei Sätze entlarven zutiefst autoritäre Denk- und Handlungsstrukturen – und liefern ungewollt eine Erklärung für

die große Unzufriedenheit vieler Menschen mit der herrschenden Politik. Wer so spricht, konstruiert einen Gegensatz zwischen den wissenden ExpertInnen in der Politik, die nach «objektiven» Maßstäben tun, was für die «Zukunftsfähigkeit» notwendig ist, sowie auf der anderen Seite denjenigen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. In Stuttgart gehen die BürgerInnen gegen ihre Entmachtung auf die Straße und fordern die Revitalisierung der Demokratie und des Politischen überhaupt ein.

Greift man auf die Bestimmung des Politischen bei Hannah Arendt zurück, wird deutlich, was gemeint ist. Hannah Arendt beschreibt das Politische als diejenigen Formen des Zusammenseins, «in denen man sich untereinander bespricht, um dann in Übereinstimmung miteinander zu handeln.» Das Politische ereignet sich in der